

Wahlprüfsteine des BUND Marburg

1. Energie und Klimaschutz

Die Wärmewende ist ein wichtiger Baustein für den Klimaschutz. Dafür wird zurzeit die kommunale Wärmeplanung erstellt. Deren Ergebnisse werden wir für die weitere Wärmestrategie kritisch bewerten.

Grundsätzlich ist es wichtig, dass in der Bevölkerung keine Verunsicherungen über den künftigen Entwicklungspfad bestehen. Dazu haben die Opposition zurzeit der Ampel-Regierung und die unklare Haltung der jetzigen Bundesregierung viel beigetragen. Das sollten wir vor Ort nicht durch zusätzliche Forderungen bestärken.

Für das Heizkraftwerk am Ortenberg haben die Stadtwerke als Betreiber einen Dekarbonisierungsweg aufgezeigt. Das halten wir für realistisch. Die Fernwärme muss ausgebaut werden, wobei wir auf bessere Kostenvorteile für die Verbraucher*innen setzen. Für die Zukunft des Gasnetzes braucht es eine nachvollziehbare Strategie für eine klimaneutrale Energieversorgung. Hierfür erwarten wir konkrete Transformationspfade, Kostenberechnungen und eine Strategie, wie die angeschlossenen Haushalte von einer profitieren können.

Auch die Wärmewende muss für alle bezahlbar bleiben.

Die Solarenergie ist nach der Windenergie die zweite Säule einer klimaneutralen Energieversorgung. Wir sind selbstverständlich dafür, alle Potenziale für Solarmodule auf Gebäuden zu nutzen. Die Solar-Potenzialanalyse hat aber noch einmal deutlich gemacht, dass die notwendigen Flächenpotenziale vor allem im Freiflächenbereich liegen. Zur Umsetzung hat der Magistrat eine abgewogene Strategie zur Nutzung von Flächen vorgelegt, die auch ökologische Aspekte und die landwirtschaftliche Nutzbarkeit der Flächen berücksichtigt. Ertragreiche Böden dürfen nicht mit Solarmodulen belegt werden.

2. Naturschutz und Flächenverbrauch

Der Erhalt der Biodiversität ist der SPD ein wichtiges Anliegen. Wir sehen keine Veranlassung, die Qualität bestehender Schutzgebiete zu beeinträchtigen. Wir verfolgen bereits jetzt die Förderung der Biodiversität und auch die Versickerung von Niederschlägen im Schwammstadt-Konzept durch unsere Rahmenrichtlinien zum sozialverträglichen ökologischen Bauen und für die Entwicklung neuer Gewerbeflächen. Wir wollen Entsiegelung, wo immer das möglich ist. Eine Freiflächensatzung, die von den Menschen akzeptiert wird, ist ein weiterer Baustein zum Erhalt und Verbesserung der Biodiversität.

Darüber hinaus sind wir der Überzeugung, dass es auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene klare Regelungen zum Verbot von Pflanzenschutzmitteln bedarf, die in der Landwirtschaft die Biodiversität bedrohen.

Die Lahn im Stadtgebiet ist in vielen Bereichen in einem guten ökologischen Zustand. Wir werden prüfen, wo weitere Retentionsflächen errichtet werden können – dies ist wohl nur nördlich und südlich der Kernstadt möglich. Dass die Lahn für Fische durchlässig sein muss, ist für uns

selbstverständlich. Die Pläne für das Grüner Wehr haben ja entsprechende Maßnahmen vorgesehen. Aktuell steht die Sanierung des Wehrs aber nicht auf der Agenda.

Wir sind der Überzeugung, dass sich das Bedürfnis nach bezahlbarem Wohnraum und die Berücksichtigung ökologischer Belange nicht ausschließen. Wir sind überzeugt, dass es ökologische Vorteile hat, wenn die Menschen in Marburg wohnen, anstatt von außerhalb mit Bus, Bahn und vor allem PKW in die Stadt zu kommen und wertvolle Flächen für Parken in Anspruch nehmen müssen, weil wir für den Wohnungsbau hohe ökologische Standards entwickelt haben, die es im Umland nicht gibt.

Deshalb werden wir das Baugebiet am Hasenkopf wie vorgesehen weitert voranbringen, weil es ein Vorzeige-Projekt in Bezug auf reduzierten Flächenverbrauch, Standards des ökologischen Bauens und der sozialen Balance ist. Außerdem wird es zu einer nachhaltigen Nahversorgung im Stadtteil beitragen und dadurch Verkehre in die Kernstadt vermeiden helfen.

Für den sog. Bauturbo hat die Stadtverordnetenversammlung am 30. Januar 2026 einen klaren Weg beschrieben. Auch hier werden wir soziale und ökologische Standards definieren, die allerdings nicht dazu führen dürfen, dass Vorhaben aufgrund zu großer Hürden nicht realisiert werden. Für uns gilt: Wohnen ist die soziale Frage unserer Zeit. Wir brauchen mehr bezahlbaren Wohnraum, der sich nur zu geringen Teilen im Bestand, umso mehr aber im Neubau realisieren lässt.

Wir lehnen es ab, in unserer finanziellen Handlungsfähigkeit von Zuweisungen und Zuschüssen des Landes und Bundes abhängig zu sein. Deshalb ist es unser Ziel, die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Marburg zu sichern und zu verbessern, damit Unternehmen ihre Produkte hier und nicht anderswo herstellen, vertreiben oder verkaufen. Dafür braucht es auch ein Angebot an Flächen. Zur ökologischen Verträglichkeit von Gewerbeansiedlungen hat die Koalition Leitlinien verabschiedet. Gewerbe mit hohen Emissionen (Lärm, CO₂) oder Flächenversiegelung wie etwas bei Logistik-Zentren kommen bspw. nicht in Frage.

Görzhausen III ist die primäre Erweiterungsfläche des Pharma-Standorts. Wenn BioNTech nach Erstellung des Bebauungsplans seine Option auf den Zugriff der Fläche nicht wahrnimmt, steht Görzhausen III auch anderen Unternehmen zur Verfügung. Der Bebauungsplan, der gerade in Arbeit ist, wird diese Flexibilität in Hinblick auf Nutzung durch unterschiedliche Unternehmen aufweisen.

Angesichts der aktuellen Verwerfungen am Pharma-Standort sagt die SPD klar, dass wir uns zum Standort und zu Entwicklungsperspektiven bekennen. Der Standort bietet qualifizierte Arbeitsplätze mit guter Bezahlung und sichert damit zugleich die kommunalen Finanzen. Viele der in den Wahlprüfsteinen des BUND abgefragten Themen der Verantwortung angesichts des Klimawandels sind ohne stabile, nachhaltige Einnahmen aus der Gewerbesteuer nicht finanzierbar.

3. Verkehr

Die Marburger SPD hat das Ziel, die Belange aller Teilnehmer*innen am Verkehr zu berücksichtigen und dabei die Verkehrswende hin zum Umweltverbund weiter voranzubringen. Für uns gilt seit jeher, dass die Perspektive der schwächsten Teilnehmer*innen im Verkehr im Zentrum stehen: Kinder, Ältere und Menschen mit Mobilitätseinschränkungen gleich welcher Art.

Der Bürger*innen-Entscheid zu MoVe 35 hat eine klare Grenze gezogen, was direkte Einflussnahmen zur Verminderung des Anteils des motorisierten Individualverkehrs am Model Split anbelangt.

Davon unabhängig gilt für die Marburger SPD, dass Marburg als Oberzentrum für alle gut erreichbar sein muss. Das bezieht sich nicht nur auf die Außenstadtteile, sondern auf den gesamten Landkreis und darüber hinaus. ÖPNV – auch in Form neuer Angebote wie On-Demand-Verkehre – und Fahrrad werden den MIV niemals vollständig ersetzen können. Wir hoffen, dass in der kommenden Wahlperiode deutliche Schritte hin zu den Quartiersparkhäusern im Kernstadtbereich gegangen werden können, um den öffentlichen Raum von der Inanspruchnahme durch PKW der Anwohner*innen zu entlasten. Darüber hinaus setzen wir auf eine schrittweise Verbesserung des Angebots im ÖPNV. Das betrifft auch die Pharma-Standorte Marbacher Weg und Görzhausen sowie die Universität Lahnberge mit UKGM. Hier ist die Bereitschaft zur Einführung von Jobtickets entscheidend, denn eine Angebotsverbesserung des ÖPNV ist nicht ausreichend – insbesondere, weil die Beschäftigten weiter überwiegend außerhalb Marburgs und auch des Landkreises wohnen.

Für Randzeiten wie Spät- und Nachtschicht bringt eine Angebotsverbesserung dann Vorteile, wenn sie mit dem Bahnverkehr (obere Lahntalbahn, Main-Weser-Bahn) verknüpft ist. Wir wollen das Zusammenspiel im Model Split verbessern und setzen auf die Bereitschaft der Beschäftigten, hier ggf. auch gefühlte wie reale Zeitverluste nicht als Verlust, sondern als Gewinn von Lebenszeit durch weniger Belastung durch den individuellen Verkehr anzunehmen.